Bezugsgebühr: Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Stanzteile, Höchstleistung 500 mm□ und 20 mm stark **Schnittbau,** Präzisionsarbeit **Dreharbeiten,** bis 1200 mm lang u. 1000 mm Durchm. Curt Holzberger, Stanzwerk, Kötzschenbroda. Gegründet 1851.

Gust. Seyler Nachf. Kolonialwaren-Handlung 69 Schäferstrasse **Dresden** Schäferstrasse 69. Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die **„Dresdner Nachrichten".**

Geradehalter, welcher beim Lesen und Schreiben das **Krummsitzen verhindert,** dem Körper eine **gerade, gesunde Haltung gibt** und gleichzeitig mit die **Hosenträger ersetzt,** empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Nr. 230. Spiegel: Der Fall Podbielski. Aerztl. Externat, Haftbarkeit der Eisenbahnen, Ortskrankenkassen Friedhofsbeamte. Kolonialwirrwarr, Katholikentag, Kaiser u. Presse, Papst u. Polenfrage. | Mutmaßliche Witterung: **Wärmer, vielfach heiter.** | **Mittwoch, 22. August 1906.**

Um Podbielskis Abschiedsgesuch

ist augenblicklich ein seltsamer Kampf entbrannt, der anscheinend nicht nur auf dem Papier zwischen „Nordd. Allg. Ztg." und „Berl. Lokalanz.", sondern in letzter Instanz zwischen Bülow und Podbielski selbst ausgefochten wird. Bekanntlich hat das Scherlsche Organ am Donnerstag voriger Woche, als allerlei über den bevorstehenden Rücktritt des preußischen Landwirtschaftsministers gemunkelt wurde, eine Erklärung aus der unmittelbaren Umgebung des Ministers gebracht, in der es hieß, daß Herr von Podbielski nicht im Traum daran denke, seinen Abschied zu nehmen, denn er fühle sich frei von jeder Schuld. Um so überraschender kam zwei Tage später die Meldung der offiziösen „Nordd. Allg. Ztg.", in der es hieß: „Wie wir hören, hatte der Reichskanzler bereits von Norderney aus den Herrn Landwirtschaftsminister zu einer Aeußerung über die in letzter Zeit vielfach erörterte Beteiligung des Herrn Ministers an den Geschäften der Firma Tippelskirch aufgefordert. Hierauf ist von Exzellenz von Podbielski eine eingehende Antwort erfolgt, in welcher der Herr Minister am Schluß gebeten hat, seinen Wunsch nach Entlassung aus dem Staatsdienste an allerhöchster Stelle zu unterbreiten." Dagegen protestierte umgehend wieder Herr von Podbielski, indem er durch einen Mittelsmann folgende Darstellung des Falles in die Presse lancieren ließ: „Er habe tatsächlich bereits vor einiger Zeit, gleich im Beginn der Tippelskirch-Affäre, ein Schreiben an den Herrn Reichskanzler nach Norderney gerichtet, das etwa mit den Worten schloß: „Er, Herr von Podbielski, sei zu alt, um sich in dieser Weise mit Schmutz bewerfen zu lassen. Lieber würde er vorziehen, aus dem Staatsdienst zu scheiden." Diese Bemerkung habe nicht die Bedeutung eines Entlassungsgesuches gehabt." Hierauf hat das Bülow-offiziöse Blatt nicht weiter geantwortet, sondern sich damit begnügt, festzustellen, daß das erwähnte Schreiben des Landwirtschaftsministers am 13. d. M. beim Reichskanzler eingegangen und von diesem zum Gegenstand eines eingehenden Vortrages beim Kaiser gemacht worden ist. Die letzte halbamtliche Nachricht besagt, daß der Kaiser bisher keine endgültige Entscheidung getroffen, sondern sich diese noch vorbehalten habe. Auffallend ist es, daß in der neuesten Auslassung nicht von der Bewilligung des Abschiedsgesuches die Rede ist, sondern von der „Frage der Entlassung" des Ministers. Danach zu urteilen, scheint man an maßgebender Stelle den Ausgang der Untersuchung in der Angelegenheit Tippelskirch-Fischer abwarten zu wollen, ehe man sich über weitere Schritte schlüssig macht.

Soweit über die der Oeffentlichkeit vorliegenden schriftlichen Dokumente des Streitfalles! Wenn man näher zusieht, löst sich die ganze Sache eigentlich in einen Streit um Worte auf, bei dem es darauf ankäme, festzustellen, wie die Stelle in Herrn von Podbielskis Schreiben: „lieber würde er vorziehen, aus dem Staatsdienst zu scheiden", aufzufassen ist. Darüber wird sich aber eine Einigung nie erzielen lassen, denn Fürst Bülow hat eben darin die Bitte um Entlassung aus dem Staatsdienst gesehen, während der Landwirtschaftsminister diese Interpretation nicht gelten lassen will: er hat den fraglichen Satz wahrscheinlich so gemeint, daß er lieber aus dem Amte scheiden würde, falls er bei den gegen ihn wegen seiner Beziehungen zur Firma Tippelskirch angestellten Erörterungen keinen Rückhalt und keine Unterstützung an höherer Stelle finden sollte. Bevor man den genauen Wortlaut nicht kennt, wird man schwer entscheiden können, ob diese Auslegung zutreffend ist oder ob die Möglichkeit eines Mißverständnisses vorlag. Im allgemeinen ist es üblich, daß Minister ihre Entlassungsgesuche direkt an den König richten und nicht auf dem Umwege über den Ministerpräsidenten; wenn Herr von Podbielski dennoch letzteren Weg gewählt hat, so läßt das allerdings darauf schließen, daß er an ein formelles Abschiedsgesuch noch nicht gedacht hat, sondern wohl eine Aeußerung des Ministerpräsidenten und des Kaisers zuvor erwirken wollte, um darnach erst seinen endgültigen Entschluß zu fassen. Fürst Bülow scheint jedoch die Gelegenheit beim Schopf ergriffen zu haben, um angesichts der letzterörterten unliebsamen Vorkommnisse, in die die Person des Landwirtschaftsministers hineingezogen war, einen Strich unter die Rechnung zu machen und seine Verabschiedung so schnell als möglich herbeizuführen. Anders läßt es sich nicht deuten, daß der preußische Ministerpräsident das vermeintliche Gesuch des Herrn von Podbielski so überaus eilig hat veröffentlichen lassen und zwar am Tage nach den Konferenzen mit dem Kaiser in Wilhelmshöhe, was darauf schließen ließ, daß die Genehmigung des Rücktritts durch den Kaiser so gut wie sicher war. Ob der Rücktritt Podbielskis schon in den nächsten Tagen erfolgen wird oder erst nach einiger Zeit, tut dabei nichts zur Sache. Die letzte offiziöse Meldung, daß bis jetzt noch keine endgültige Entschließung an höchster Stelle gefallen sei, scheint dem zu widersprechen, aber es scheint auch nur so, denn die Hinausschiebung der Entscheidung ist lediglich durch die Erwägung motiviert, daß der jetzige Zeitpunkt, wo die Ermittlungen über die kritischen Punkte noch in der Schwebe und die Untersuchungen über den Fall Tippelskirch-Fischer noch nicht zum Abschluß gediehen sind, der denkbar ungeeignetste für Podbielskis Verabschiedung wäre, ganz abgesehen davon, daß man an hoher Stelle mit Recht auch nur den Schein des Verdachtes im Keime ersticken will, als könnte eine wütende antiagrarische Preßfehde den Sturz eines verdienten Ministers herbeiführen. Auch ist nach glaubwürdigen Informationen wahrscheinlich, daß die Angelegenheit das preußische Gesamtministerium beschäftigen wird. Es heißt nämlich, daß Ende dieses Monats nach der Taufe des Kronprinzensohnes Fürst Bülow und die anderen preußischen Minister zu wichtigen Sitzungen zusammentreten werden, in denen wohl sicher diese und andere wichtige Angelegenheiten ihre Erledigung finden werden. Ebenso gut ist es natürlich auch möglich, daß die Würfel schon früher fallen. Genaues weiß man leider nicht, denn trotz der so dringend wünschenswerten Klärung der peinlichen Affäre hat man die Oeffentlichkeit bisher wieder einmal mit völlig ungenügenden, zum Teil sich widersprechenden und darum unverständlichen offiziösen Erklärungen abgespeist. . .

Von welcher Seite man das Duell Bülow-Podbielski auch betrachten mag, schön ist es auf keinen Fall und wird ebensowenig das Ansehen der staatlichen Autoritäten wie ihrer Repräsentanten fördern. Viel ratsamer wäre es doch gewesen, wenn der in die Klemme geratene Landwirtschaftsminister sich à la discrétion sofort mit dem Fürsten Bülow gründlich ausgesprochen und dementsprechend — ohne unliebsames Aufsehen zu erregen — gehandelt hätte! So wird unnütz Staub aufgewirbelt und ein Quark noch breiter getreten, als er schon an sich ist. In der „Köln. Ztg." wird in ähnlicher Weise in einer Auslassung geurteilt, die ohne Frage von orientierter Seite stammt und wo es heißt: „Dem Sinne nach war der Reichskanzler zweifellos berechtigt, wenn er die Worte Podbielskis als Bekundung ansah, aus dem Amte scheiden zu wollen. Wer aber weiß, mit welcher Peinlichkeit bei derartigen Anlässen in Preußen die überlieferten Formen eingehalten zu werden pflegen, wird sich mit Herrn von Podbielski darüber gewundert haben, daß die „Nordd. Allg. Ztg." sich über diese Formen kurz hinwegsetzte und briefliche Aeußerungen des Ministers an den Reichskanzler als Abschiedsgesuch auslegte. Vielleicht ist das ein Zeichen, daß man fortan in Preußen überhaupt mit der in solchen Dingen üblichen Form brechen will, vielleicht hat man auch gehofft, durch einen recht deutlichen Wink mit dem Zaunpfahle den Minister auf den Formenweg zu verweisen und dadurch das nötige Abschiedsgesuch von ihm erwirken zu können. Ist diese letztere Annahme richtig, so hat man sich in dem Erfolge der Maßregel offenbar getäuscht. Herr von Podbielski scheint dem beabsichtigten Winke nicht Folge zu leisten. Alle diese Umstände können auf die Oeffentlichkeit keinen guten Eindruck machen. Es wäre daher zu wünschen, daß man in Zukunft bei einer so wichtigen Angelegenheit, wie es das Ausscheiden eines Ministers ist, auf den natürlichen Weg zurückkehrte und in rückhaltloser Aussprache der Beteiligten die Dinge sachlich so klärte, daß die formelle Lösung das bliebe, was sie ist und sein sollte, eben eine Form, die keinerlei Schwierigkeiten mehr bietet. Dadurch würde die Achtung vor unseren staatlichen Einrichtungen und vor den Personen, die sie zu hüten berufen sind, nur erhöht werden."

Zweifellos sind also auf beiden Seiten Fehler gemacht worden, die besser hätten vermieden werden sollen: handelt es sich doch um einen Minister, der sich in weitesten Kreisen einer großen persönlichen Beliebtheit und um seiner Verdienste willen einer berechtigten Wertschätzung erfreut, wenngleich auch bei Herrn von Podbielski der alte Satz seine Wahrheit behält, daß, wo viel Licht, auch viel Schatten ist. Wozu also dieser neue unerquickliche Lärm? Unwillkürlich kommt man auf den Gedanken, daß an der Regierungsmaschine etwas nicht in Ordnung ist und daß die Zügel — um sich eines in letzter Zeit oft und nicht ohne Grund gebrauchten Wortes zu bedienen — am Boden schleifen. . . .

Neueste Drahtmeldungen vom 21. August.

Kolonialwirren.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie der „Hann. Cour." von zuverlässiger Stelle erfahren haben will, soll der Landeshauptmann Georg Wilhelm Lichtenberg in Hannover als Nachfolger Podbielskis in Aussicht genommen sein. Lichtenberg ist der Sohn des früheren hannoverschen Kultusministers und späteren Präsidenten im Landeskonsistorium in Berlin.

Koloniales.

Berlin. (Amtliche Meldung.) Wie schon gemeldet, hatten etwa 50 Hottentotten am 6. August die Pferdewache der 2. Feldkompagnie des 2. Regiments bei Aluris-fontein angegriffen, waren aber durch herbeieilende Kompagnien zurückgeworfen worden. Der Feind flüchtete über Umeis auf Pellatrift, zog von da oranjeaufwärts bis zum Hamrevier und folgte diesem nordwärts in der Richtung auf die großen Karasberge. Er bekam unterwegs verschiedentlich Zuzug, anscheinend durch Bondelzwarts unter Johannes Christian, sodaß er allmählich wieder eine Gefechtsstärke von 150 Gewehren erreichte. Unsere Truppen verfolgten den Gegner fortgesetzt, und zwar zuerst Abteilung Sieberg bis Pellatrift, dann Kompagnie Grünert bis Dauritrift am Hamrevier und zuletzt Abteilung Bech vom 2. Regiment, 7. Batterie, mit sehr niederen Gefechtsstärken. Der schlechte Ernährungszustand der Truppen im Süden entstand durch geringen Nachschub auf dem wenig leistungsfähigen Etappenstraßen, und der dadurch eingetretene Mangel an Proviant und Hafer machte eine solche Ablösung der verfolgenden Abteilungen nötig. Hauptmann Bech, der wie schon früher, durch den Ueberfall gegen Morenga, sich ausgezeichnet hatte, überraschte den Feind bei Noibis, nordöstlich Kalkfontein, und zersprengte ihn nach dreistündigem Gefecht. Der Gegner hatte größere Verluste und ließ eine Anzahl Tote auf dem Gefechtsfelde. Auf unserer Seite fielen Leutnant v. Heyden, früher im Infanterie-Regiment Nr. 164, und ein Reiter. Ein Mann wurde schwer, ein anderer leicht verwundet. Abteilung Bech setzte die Verfolgung fort. Oberst v. Deimling ist mit seinem Stab in Warmbad eingetroffen.

Zu der Erdbebenkatastrophe in Chile.

Newyork. (Priv.-Tel.) Meldungen aus Valparaiso schildern die Lage der Bevölkerung in den düstersten Farben. Ueber 200 000 Menschen sind obdachlos und entbehren des Notwendigsten zum Schutze gegen die empfindlich kalten Nächte. Der Nahrungsmangel, dem die Regierungsaktion bisher nicht abzuhelfen vermocht habe, verursache zahlreiche Krankheiten. Dabei sei Mangel an Aerzten. Weiter wird gemeldet, die chilenische Regierung beabsichtige, ein langfristiges Handelsmoratorium festzusetzen, da die Handelshäuser infolge der großen Verluste nicht in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Newyork. (Priv.-Tel.) Aus Valparaiso wird über Lima gemeldet, die chilenische Regierung beabsichtige, vom Kongreß die Bewilligung von 100 Millionen Dollars zum Wiederaufbau von Valparaiso zu fordern. Unter den zerstörten Gebäuden befindet sich auch das deutsche Hospital.

London. (Priv.-Tel.) In Valparaiso schätzt die Behörde die Zahl der Todesfälle infolge des Erdbebens auf etwa 500. Im ganzen haben noch gegen 400 Erdstöße stattgefunden. Obgleich diese leicht waren, erhielten sie die Bevölkerung im Zustand der Panik. Die chilenische Flotte, die im Hafen von Valparaiso eintraf, um Staatssekretär Root zu begrüßen, hat gute Dienste beim Rettungswerk geleistet. — Aus Honolulu wird telegraphiert: Infolge der durch das Erdbeben verursachten Flutwelle strandete der Passagierdampfer „Manchuria" von der Pacific Mail Steamship Company bei Makapan-Point und liegt jetzt auf scharf hervorragendem Felsen. Man sieht die Passagiere sich auf dem Verdeck drängen. Es ist möglich, daß sie gelandet und nach Honolulu gebracht werden. Die See ist jetzt glatt.

London. (Priv.-Tel.) Hiesigen Meldungen aus Santiago zufolge ist das Feuer in der Stadt zum größten Teile erloschen. Flüchtlinge aus Valparaiso erzählen, daß die See während des Erdbebens ruhig geblieben ist, welchem glücklichen Umstande es zuzuschreiben ist, daß keine Schiffskatastrophen zu verzeichnen sind. Auf eine Strecke von 625 Meilen ist das ganze Land zerstört.

Hamburg. Die hiesigen ersten Salpeterfirmen treten morgen zusammen, um über die Bildung eines Hamburger Hilfskomitees zu beraten, dem alle am Handel mit Chile beteiligte Firmen beitreten sollen.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) In der letzten Woche wurden in Rußland 72 politische Morde an Amtspersonen verübt. 42 Beamte wurden schwer verwundet, ferner wurden 120 Bomben gefunden, 12 Geheimdruckereien entdeckt, 13 Kronschnapsbuden und 18 Staatskassen beraubt, wobei 22 Angestellte getötet oder verwundet wurden. Aus politischen Gründen wurden 267 Personen verhaftet.

Moskau. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen aus Jekaterinoslaw haben Revolutionäre in das dortige Krankenhaus eine Bombe geworfen, weil ein dort in Pflege befindlicher Revolutionär ihnen nicht ausgeliefert wurde. Mehrere Aerzte, Wärter und zahlreiche Kranke wurden verletzt, das Gebäude stark beschädigt.

Riga. (Priv.-Tel.) Seit Sonnabend verzeichnen die Zeitungen aus Livland und Kurland 25 schwere bewaffnete Raubüberfälle. Letzte Nacht wurden die Badeorte bei Riga von Revolutionären heimgesucht. Fünf Bewaffnete drangen in eine Villa ein, von deren Besitzer sie unter Bedrohung seines und seiner Hausgenossen Leben mehrere hundert Rubel erpreßten. Beim Verlassen des Hauses stießen sie auf zwei Herren des Selbstschutzes und schleuderten eine Dynamitpetarde gegen sie, die jedoch nur Materialschaden anrichtete. Die Explosion alarmierte den ganzen Selbstschutz. In scharfem Feuergefecht wurde ein Herr der Gesellschaft erschossen, andere wurden verwundet. Die Revolutionäre entkamen in der Dunkelheit. In Riga, wo Agitatoren aus Warschau eingetroffen sein sollen, wurden gestern an verschiedenen Stellen drei Schutzleute beschossen, einer wurde getötet. — Der Streik der Tramway-Beamten dauert an. Das neu angestellte Personal wagt nicht zu fahren. In den Fabriken streiken 4000 Arbeiter.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Taufe des Erbprinzen von Sachsen-Koburg und Gotha findet, wie nunmehr feststeht, Mittwoch, den 19. September, statt. An der Feier nehmen u. a. teil: das Kaiserpaar, die Königin-Mutter Emma der Niederlande, sowie Fürst Ferdinand von Bulgarien.

Berlin. (Priv.-Tel.) Betreffs Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark wegen Abschlusses eines Tarifvertrags erfährt die „Voss. Ztg." von unterrichteter Seite, daß die deutsche Regierung, sobald es die Umstände gestatten, unterhandeln wird. Gegenwärtig ruhen wegen der Sommerpause derartige Arbeiten, es ist aber zu erwarten, daß im Herbst oder

Fertig ist die alte Hexe von Friedrich Glöckner